

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindevorsteher des Bezirks. **Altes Blatt im Bezirke**. **Erstheft seit 1846.**



Anzeigebblatt für Bischofswerda, Neustadt Stolpen und Umgegend sowie für die angrenzenden Bezirke. — **Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.** **Feuilleton Nr. 22.**

Verkaufsstelle: Bischofswerda, Wilmstr. 14. **Abonnement:** Den Jahrgang abends für den folgenden Tag. Der Preis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung des Jahrganges monatlich M. 1.50, bei Zustellung ins Haus monatlich M. 1.70. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 4.50 oder halbjährlich M. 8.50.

Verkaufsstelle: Amt Leipzig Nr. 21 543. — **Gemeindeverordnungsstelle:** Bischofswerda, Route Nr. 64. **Im Falle öffentlicher Gewalt** — **Lege** oder sonstiger irgend welcher Artung des Vertriebes der Zeitung oder der Verbreitungsbedingungen — hat der Bezirker seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigensatz: Die 6-spaltigen Grundzeile (Zim. M. 100 oder deren Raum 5) 1/2 Sp., drückliche Anzeigen 40 Pfg. Im Extra- (Zim. M. 100) 1/2 Sp., drückliche Anzeigen 40 Pfg. Bei Wochensendungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — **Amliche Anzeigen** die 3-spaltigen Zeile 100 Pfg. — **Für bestimmte Tage** oder **Wochen** wird keine Gewähr geleistet. — **Erfüllungsort:** Bischofswerda.

Nr. 20.

Sonntag, den 25. Januar 1920.

74. Jahrgang.

Erzbergers Beziehungen zum Thyssenkonzern.

In der Donnerstags-Verhandlung des Prozesses Erzberger-Helfferich stellte der Vorsitzende mit, daß verschiedene Zeugen, darunter August Thyssen, nicht kommen könnten. Der Gerichtshof beschloß, Thyssen kommissarisch auf seinem Wohnsitz zu vernehmen. Nach einer Erklärung des Rechtsbeistandes soll Thyssen darüber Auskunft geben, daß die geschäftlichen Beziehungen zwischen dem Thyssenkonzern und Erzberger erst seit dem Frühjahr 1918 datieren. Zu einem lebhaften Zusammenstoß zwischen den beiderseitigen Verteidigern kam es wegen der

Beziehungen Erzbergers zu dem sächsischen Serumwerke in Dresden. Seitens des Verteidigers Dr. Helfferichs wird der Vorsitzende dringend ersucht, den Zeugen Dr. Bayer, an dessen Unternehmen der Rebenzüger geschäftlich beteiligt ist, zu vernehmen. Reichsminister Erzberger erklärte, einen Dr. Bayer nicht zu kennen. Verteidiger Dr. Wisberg: Wir meinen den Direktor der Sächsischen Serumwerke in Dresden. Erzberger: Dieser Herr heißt Dr. Bethge. Der Zeuge soll geladen werden. Rechtsanwalt Dr. Alsbach: Ich habe auch gehört, der Vertreter des Direktors Bethge zur Stelle geschickt wird. Damit hier nicht Zeugen erscheinen, die über die Vorgänge nicht genügend informiert sind. Dr. Helfferich habe begründeten Anlaß, anzunehmen, daß Erzberger wisse, wo dieser Zeuge zu erreichen ist. Justizrat Dr. Wobden weist die Unterstellung, daß Erzberger in irgendeiner Frage Zurückhaltung übe, zurück. Es sei charakteristisch, wie die Gegenseite Erzberger auszuholen suche. Sie wisse nichts und wolle nun auf diese Weise Material bekommen.

Hierauf begründet Dr. Helfferich in längeren Ausführungen seine Auffassung über die moralische Qualität des Reichsfinanzministers. Bezeichnend für dessen Charakter sei seine Wandlung vom blutigen Annektionspolitiker zum Vertreter des Verständigungsfriedens. Kurz nach seinem (Helfferichs) Amtsantritt sei Erzberger zu ihm gekommen und habe ihn ersucht, dafür einzutreten, daß das Eigentum an den Beyer'schen Erben dem Thyssenkonzern übertragen werde. Dieses Verlangen lehnte Helfferich ab und zwar aus drei Gründen:

1. aus Gründen des Völkerrechts,
2. weil im Falle einer dauernden Erwerbung des Beyer'schen Gebietes den Interessen der gesamten deutschen Eisenindustrie Rechnung getragen werden müsse,
3. weil die Erben ein Pfand für die Entschädigung der Auslandsdeutschen darstellten.

Weder sei Erzberger dafür eingetreten, daß bei der Liquidation der in Lothringen gelegenen Werke der Firma die Rechte der Thyssenkonzerne vorzugsweise berücksichtigt werde. Auch darauf sei Helfferich nicht eingegangen, weil die Sache damals noch nicht geklärt war. Später, als die Liquidation in die Hand genommen wurde, sei es Helfferichs Programm gewesen, daß der ungeheuer wertvolle Besitz von der gesamten deutschen Eisenindustrie unter Mitwirkung des Reichs übernommen werde. Später, als Erzberger dem Thyssenkonzern nicht mehr angehörte, war er gegen Liquidationen in Elsaß-Lothringen überhaupt. Diese Wandlung sei charakteristisch für seine Haltung. Ebenso charakteristisch sei seine Haltung in der Frage der Ausfuhrzölle für Eisen. Möhle usw.: Helfferich habe ein Gesetz darüber vorbereitet gehabt, daß er trotz heftiger Widerstände in den Reichsräten und im Bundesrat dem Kaiser vorgelegt habe und dessen Unterzeichnet erhielt. Erzberger habe dieses Gesetz damals zu Halle gebracht. Erst im Frühjahr 1918, als Erzberger aus dem Thyssenkonzern ausgeschieden war, brachte er im Ausschuss des Reichstages seinen Antrag ein, die Ausfuhrzölle nicht nur für die Zukunft zu erheben, sondern auch nachträglich die Differenz zwischen Inlands- und Auslandspreisen in Höhe von 644 Millionen Mark der Industrie zu entziehen und in die Löhne des Reichs fließen zu lassen. Als, solange Herr Erzberger dem Thyssenkonzern angehörte, habe er dieses Geld der Industrie zugewandt, solange möglich, als er am Tisch mitgefressen und nun, nachdem er ausgestanden, der

Auf die äußerst prägnanten Äußerungen des Staatssekretärs a. D. Dr. Helfferich erwidert sodann

Reichsfinanzminister Erzberger als Zeuge u. a.

Ich kenne August Thyssen seit ungefähr 12 bis 13 Jahren. Er vertrat immer den Standpunkt, daß die Interessen der Industrie im Parlament nicht genügend Vertretung fänden und daß mich darum, mir hin und wieder Wünsche der Industrie mitteilen zu dürfen. Ich war damit einverstanden. Thyssen gab mir im Laufe der Jahre sehr viel im Interesse der Volkswirtschaft wichtiges Material mit der Bitte, für die Eisenindustrie einzutreten. Diese Beziehungen wurden im Laufe der Jahre immer freundschaftlicher. Irgegendweilse petuniären Beziehungen habe ich mit Thyssen nicht gehabt. Ähnliche Beziehungen hatte ich auch mit einer ganzen Reihe anderer Unternehmungen. Im Jahre 1915 schrieb mir Thyssen, er sei zu dem Entschlusse gekommen, mich

in den Aufsichtsrat seiner drei größten Unternehmungen zu nehmen. Er bat mich, den bekannten Familienstreit einer Verständigung entgegenzuführen und ferner sein Testamentvollstreckter zu sein. Thyssen kam dann nach Berlin und wiederholte seine Wünsche. Ich kam zur Überzeugung, daß sein moralische oder sonstige Bedenken vorliegen. Ich kann hier unter Eid erklären, daß mir die Firma Thyssen nie eine einzige Zumutung gestellt hat, die nicht das allgemeine Interesse, sondern ihr eigenes wirtschaftliches Interesse betraf. Es soll mir daher niemand nachsagen können, daß ich meine politische Stellung irgendwie zu persönlichen, materiellen Dingen ausnützte. Ich habe deshalb die Beteiligung an Dividenden usw. abgelehnt. Thyssen bot mir einen festen Jahresbezug von 40 000 Mark an. Es ist dann nie wieder von der finanziellen Frage die Rede gewesen. Ich war u. a. Berichterstatter des Militärereits. Nachdem ich den Aufsichtsratsposten angenommen hatte, legte ich sofort dieses Amt nieder, damit niemand auf den Gedanken einer Verbindung der Firma Thyssen mit den Heereslieferungen kommen könnte. Was ich dann weiter zu Gunsten der Firma Thyssen tat, habe ich lediglich im Rahmen des allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesses getan und kann es in jeder Beziehung verantworten. Erzberger gi-gi sodann auf seine

Beziehungen zum Hause Bourbon-Darce

näher ein. Er habe allmählich im Laufe des Krieges die feste Meinung erlangt, daß man froh sein müsse, wenn Deutschland ohne territoriale Verluste aus dem Kriege hervorginge. Der Zeuge fuhr dann fort: Es war zu jener Zeit einem deutschen Volksvertreter unmöglich, an den Kaiser heranzukommen und ein deutliches Wort zu reden. Ich war der Ansicht und mit mir viele andere, daß Helfferich durch die Art und Weise, wie er den Kaiser informierte, ein Unglück für das deutsche Volk darstellte. Als ich endlich mit dem Kaiser sprechen konnte, war ich überrascht, welche Aufassung er hatte. Nun zur Übereignung der Erben im Briegegebiet. Es war zuerst August Thyssen, der nach Zugung ins Hauptquartier fuhr und dort offen erklärte, Deutschland müsse den Krieg verlieren, wenn es kein Erz bekäme. Alle Länder hätten ihre Stahlerzeugung gesteigert. Die deutsche war gesunken. Die Front schrie nach Material. Das war der Grund, weshalb ich diese Liquidation der Erzgruben im Briegegebiet und Ausnützung im deutschen Interesse eintrat. Man folgte mir nicht, sondern bezog aus Schweden Erz. Die deutsche Industrie kam in Abhängigkeit. Es trat eine Verschärfung ein. Diese Suppe kann ich heute als Finanzminister ausessen. Außerdem hatte der Feind deutsche Firmen liquidiert oder liquidieren lassen. Als Gegenmaßregel wollte ich für die Liquidation der französischen Erzgruben eintreten.

Der Vorsitzende stellt an Erzberger die Frage, ob der Zeuge bei der Übernahme des Aufsichtsratspostens sich nicht verpflichtet geglaubt habe, auch entgegen seiner politischen Überzeugung die Interessen des Unternehmens zu vertreten. Erzberger verneint diese Frage.

Helfferich: Hat der Zeuge sich die Frage gestellt, in welcher Richtung Herr Thyssen ihn für den Aufsichtsrat zu gewinnen versuchte? Da er nicht über besondere geschäftliche oder juristische Kenntnisse verfügte, konnte doch nur die politische Stellung des Rebenzügers in Betracht kommen.

Erzberger beruft sich demgegenüber darauf, daß ein Gesetz, das einem Abgeordneten den Eintritt in einen Aufsichtsrat verbietet, nicht besteht.

Der Vorsitzende geht dann zu der Wandlung Erzbergers vom Annektionsminister zum Pazifisten über. Erzberger betunbelt, daß er bereits nach der

Rarneschlacht den Eindruck gehabt habe, daß unsere Lage sich bedeutend verschlechtert habe und daher nur ein Verständigungsfrieden möglich sei. Infolge seiner Tätigkeit als Berichterstatter für den Militäreretat hatte er vielfach von gemeinen militärischen Angelegenheiten Kenntnis erhalten. So konnte er die Auffassung des Generalstabes, daß wir den Krieg im Westen unbedingt innerhalb sechs Wochen erfolgreich beenden mußten. Über die Unterredung, die Erzberger im Jahre 1917 mit August Thyssen im Hotel „Adlon“ gehabt hatte und die sich auf den Erwerb von Longwy und Brieg bezog, erklärte der Reichsfinanzminister, daß er sich auf die Einzelheiten dieser Besprechung nicht mehr besinnen könne.

Auf eine Anfrage Helfferichs bekundet Erzberger, daß er von einer Verwendung von Reichsgeldern für die annekionistische Propaganda nichts wisse.

Gegen 1 Uhr trat eine Pause in der Verhandlung ein. Bei der nach der Sitzung fortgesetzten Zeugenvernehmung des Reichsfinanzministers Erzberger legt sowohl der Verteidiger Helfferichs Dr. Wisberg wie auch Helfferich selbst aufs schärfste gegen den Vorwurf Erzbergers Verwahrung ein, daß Staatssekretär Helfferich den Kaiser über die Friedensresolution des Reichstages falsch informiert habe. In längeren Auseinandersetzungen wird die Frage zu klären versucht, ob in den Eingaben des Thyssenkonzerns betreffend die Erzgruben von Brieg nur das Ausbeutungsrecht der Erzgruben oder die Annektion und der Eigentums-erwerb der Erben verlangt wurde. Erzberger bestreitet gegenüber den Feststellungen des Staatssekretärs a. D. Helfferich, daß er jemals die völkerrechtswidrige Eigentumsübertragung von Erben auf französischem Boden bei der damaligen Regierung für den Thyssenkonzern beantragt habe. Weiterhin wird festgestellt versucht, von wem aus die Initiative zu dem

Austritt Erzbergers aus dem Aufsichtsrat des Thyssenkonzerns

ausgegangen ist. Staatssekretär a. D. Helfferich behauptet unwiderprochen, daß die Initiative zu dem Austritt Erzbergers von seinen Thyssens ausgegangen sei, da Thyssen nach der Erzberger'schen Friedensresolution sich von der Tätigkeit Erzbergers keinen Erfolg mehr versprach.

Helfferich weist dann noch darauf hin, warum, wenn nach Erzberger im Jahre 1916 die Ausfuhrzölle infolge der damals noch günstigen Valutaverhältnisse nicht notwendig gewesen seien, er 1918 davon sprechen konnte, die Regierung habe jahrelang wenigen Glücklichen große Verdienste aus dem Ausfuhrgeschäft zukommen lassen. Helfferich schließt seine zahlreichen und wirtungsvollen Angriffe auf Erzberger mit folgenden Worten:

„Ich frage den Zeugen Erzberger, ob er, wenn er im Februar 1918 noch im Aufsichtsrat der Firma Thyssen gewesen hätte, so schwere Angriffe wegen der Ausfuhrzölle gegen die Regierung gerichtet hätte? Ich will aber den Zeugen Erzberger nicht in Verlegenheit bringen und erspare ihm die Antwort darauf.“

Von seiten Erzbergers erfolgt keine Antwort. Die Sitzung wird dann auf Sonnabend 1/2 10 Uhr vertagt.

Eine schwere Anklage

In der Verhandlung Erzberger gegen Helfferich hat Erzberger nach dem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“ über die Gründe, die ihn zum Abbruch des Waffenstillstandes bewogen haben, folgendes erklärt:

Was für mich entscheidend war, war die selbnerzeitige Konferenz der Minister aller Staaten. Dort äußerten sich die Süddeutschen: Wenn wir nicht unterzeichnen, werden neue Regierungen in den Ländern gebildet werden und diese einen Sonderfrieden abschließen. Die Einheit Deutschlands muß aber unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Zu einem Abfall der Rheinlande wäre es auf jeden Fall sonst gekommen. Darüber ließen seine Vertreter keinen Zweifel; sie sagten: Frieden um jeden Preis, sonst los von Deutschland.

Hierzu bemerkt die „Kölnische Volkszeitung“: „Diese letzte Äußerung ist gänzlich neu und bedarf der Aufklärung“. Auch die „Kölnische Zeitung“ ist der Meinung, daß alle Kreise des Rheinlandes eine Aufklärung über diese schwerwiegende Behauptung verlangen müssen.